

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1889

22.3.1889 (No. 80)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. März.

N^o 80.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Sorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 66 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1889.

Amtlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 7. d. Mts. ist Folgendes bestimmt:

Landwehr-Bezirk Bruchsal:

Dr. Bräuninger, Unterarzt der Reserve, zum Assistenzarzt 2. Klasse der Reserve befördert.

Landwehr-Bezirk Freiburg:

Marcus, Unterarzt der Reserve, zum Assistenzarzt 2. Klasse der Reserve befördert.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 21. März.

Eine ernste Stimmung geht von dem morgigen Tage aus; der 22. März, dessen Wiederkehr wir so oft in patriotischer Freude begrüßt haben, weckt nur noch wehmüthige Erinnerungen. Ueber ein halbes Menschenalter war er ein nationaler Festtag für das deutsche Volk und mit jedem Jahre, welches die Gnade der Vorsehung dem Leben des hochbetagten kaiserlichen Herrn zulegte, gewann die Feier dieses Tages an Bedeutung. Zum letztenmale war es uns vor zwei Jahren vergönnt, diesen Tag festlich zu begehen, und gerade damals gewann die Feier des 22. März eine besondere Weihe: es war die Vollendung des neunzigsten Lebensjahres, der Abschluß eines Jahrzehnts, den Kaiser Wilhelm, umbraut vom Festjubiläum der Nation und unter lebhaften Zeichen der herzlichsten Verehrung von allen Völkern des Erdkreises, beging. Es sollte aber auch der letzte Geburtstag Kaiser Wilhelms sein, denn bei der nächsten Wiederkehr des 22. März war der greise Kaiser bereits zur Ewigkeit eingegangen. Der einst so festliche Tag geht nun still und äußerlich durch nichts von anderen Tagen des Jahres unterschieden vorüber, ohne Festgeläute, ohne Flaggenschmuck; aber die Gedanken des deutschen Volkes wenden sich morgen wieder mit besonderer Innigkeit dem heimgegangenen Schöpfer unserer nationalen Einheit zu und mit unserem Herzen halten wir eine stille ernste Gedächtnisfeier an dem Tage, der einst dem deutschen Volke seinen unvergesslichen Kaiser Wilhelm I. schenkte.

Dem englischen Parlament ist heute ein Blaubuch mit Aktenstücken über Samoa zugegangen. Die Aktenammlung enthält, wie uns gemeldet wird, größtentheils bereits bekanntes Material. Hervorgehoben wird eine Depesche, die Lord Salisbury am 16. Februar d. J. an den großbritannischen Botschafter in Berlin, Sir G. Malet, sandte; der englische Premier erläutert darin die Bemerkung des Fürsten Bismarck, Großbritannien und Deutschland gingen betreffs Samoa's Hand in Hand, dahin, daß die beiderseitigen Ansichten zwar betreffs der in Kraft

zu setzenden Abmachung für die künftige Verwaltung übereinstimmen, aber bei dem gegenwärtigen Konflikt zwischen der deutschen Regierung und Theilen der Einwohner von Samoa nicht gefagt werden könne, England stehe auf Seite Deutschlands. England halte seine gänzlich neutrale Haltung aufrecht und wäre an der Aktion Deutschlands weder interessiert noch für dieselbe verantwortlich. Mit der von Lord Salisbury angezogenen Aeußerung des Fürsten Bismarck ist offenbar eine Stelle in dem am 15. Februar zur Vertheilung gelangten deutschen Weißbuch gemeint, die vielleicht in nicht ganz präziser Fassung nach London telegraphirt worden war.

In französischen Blättern war während der letzten Wochen das Gerücht verzeichnet worden, Spanien beabsichtige die Insel Cuba abzutreten. Obgleich die Grundlosigkeit dieses Gerüchtes auf der Hand lag, gab das letztere doch einem Mitgliede des spanischen Senats Veranlassung, die Regierung darüber zu interpelliren, was daran wahres sei. Der Minister des Innern, Moret, erteilte nach einer telegraphischen Meldung aus Madrid dem Fragesteller eine Antwort, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Er erklärte unter lebhaftem Beifall der Senatoren, in der ganzen Welt gäbe es nicht Geld genug, welches hinreichen würde, auch nur den geringsten Theil spanischen Gebietes zu kaufen. Die spanische Nation würde, wenn es notwendig sei, den heimathlichen Boden zu verteidigen wissen. Die Insel Cuba ist bekanntlich nächst den Philippinen das größte und bevölkerteste Kolonialgebiet Spaniens und zugleich diejenige Kolonie, in welcher die Spanier den größten Procentsatz zur Bevölkerung stellen. Das wichtigste Ausführungsprodukt der Insel ist der Zucker, dessen Ausfuhr im Jahre 1886 rund 668 533 000 Kilo betrug; das Absatzgebiet dafür sind namentlich die vereinigten Staaten von Nordamerika, nach denen 77 bis 95 Prozent dieser Waare gehen.

Deutschland.

* Berlin, 20. März. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Morgen in Potsdam beim Regiment der Gardes du Corps in der Reitbahn des Regiments die Befichtigung der Offiziersreitstunde vor. In der Umgebung befanden sich der „Post“ zufolge Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden, der aus dem Husarenregiment Landgraf Friedrich II. von Hessen-Homburg in das Regiment der Gardes du Corps versetzte Prinz zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg in Paradeuniform, die direkten Vorgesetzten des Regiments, das gesammte Offizierscorps der 2. Garde-Kavalleriebrigade. Eine gleiche Befichtigung nahm dann Seine Majestät bei dem Leib-Garde-Husarenregiment in der Reitbahn des Regiments vor. Bei beiden Regimentern hielt der Kaiser Kritiken ab.

Großherzogliches Hoftheater.

— Eine neue dramatische Bearbeitung — der Himmel mag wissen, die wievielte es ist — der tragischen Geschichte von Lucretia, die Frau des Collatinus, fand am Dienstag hier die erste Aufführung, nicht bloß auf der Karlsruher Bühne, sondern auf der Bühne überhaupt. „Tarquinius“ ist das Werk eines noch sehr jugendlichen Verfassers — Römerdramen schreibt man ja in der Regel in jugendlichem Alter —, wenn wir nicht irren, sogar ein Erstlingswerk, und man merkt es dem Stück allerdings an, daß das Talent des Autors eben erst die Schwingen zu regen beginnt; der Flügel Schlag ist noch etwas ängstlich und unruhig. Das Trauerspiel des Herrn Friedrich Kummer fand jedoch am Dienstag, nachdem man die ermüdend lange Exposition hinter sich hatte, eine freundliche Aufnahme und wiederholt wurde der Verfasser hervorgehoben. Wir konstatiren gern diese sympathische Aufnahme des Stückes als eine verdiente Anerkennung eines ernsten Strebens; wenn auch die Begabung des Verfassers in der künstlerisch noch mangelhaften Form dieses Stückes nicht zur vollen Entfaltung kommt. Es versteht sich von selbst, daß die schwierigste aller literarischen Kunstformen, die dramatische, dem angehenden Schriftsteller noch nicht gehorcht. Friedrich Kummer ist in seinem „Tarquinius“ mehr auf eine bewegte Handlung als auf die sichtsichere Entwicklung einer das Ganze beherrschenden Idee bedacht gewesen; der Zuschauer sieht wohl das, was geschieht, aber er sieht zuweilen nicht, wozu es geschieht; er erkennt nicht das, was im Drama das Lebende in der Flucht der Erscheinungen sein soll, einen klar zu erfassenden Grundgedanken, der in dem Fortschreiten der Handlung sich nicht bloß nicht verändert, sondern gerade im Fortgang der Handlung sich immer reiner und schärfer entwickelt. Den äußeren Zusammenhang der Begebenheiten sehen wir, aber nicht durchweg den inneren. Ferner ist der dramatische Stoff in „Tarquinius“ sehr ungleich vertheilt; den ersten Akt läßt der Verfasser nahezu verloren gehen und in die folgenden Akte drängt sich eine Fülle der Begebenheiten zusammen, die für mehr als ein Stück ausgereicht hätte; das Material schiebt sich da mitunter in etwas verworrener Art, Wichtiges bleibt unausgebeutet und Nebenächliches ist zu breit behandelt, die Scenen sind mitunter zu lose mit einander verknüpft, das Kommen und Gehen der handelnden Personen

wird öfters mehr durch die Laune des Verfassers als durch eine innere Nothwendigkeit bestimmt. Um nur einiges zu erwähnen, so könnte, so weit man aus dem Eindruck der ersten Aufführung eines dem Reichtum unbekanntes Werkes urtheilen kann, die Figur der Sibylle ohne erheblichen Schaden für die Entwicklung der Handlung fortbleiben; es befremdet, daß ein so sittenstrenges Weib wie Lucretia sich mit dem fremden Eindringling in ihr Haus in eine längere Unterhaltung einläßt, statt ihm sofort entschieden die Thür zu weisen; der Eindruck der Scene, in welcher der König Tarquinius im Hause Lucretiens erscheint, wird dadurch aufgehoben und die ganze Scene für die Entwicklung der Handlung wertlos gemacht, daß Sextus gleich darauf wiederkehrt und sein schändliches Werk doch noch vollendet; in die Rede des Brutus an der Bahre Lucretiens hätte sich eine weit größere Gewalt legen lassen und mit ihr hätte der Akt einen ungleich imposanteren Abschluß gefunden als in dem darauf folgenden Monolog des Brutus und der Ermordung des Sextus, während deren die lebhafteste Theilnahme des Zuschauers an der Handlung wesentlich nachläßt. Die Absichten des Verfassers kommen weder in einem wohlberechneten dramatischen Gefüge noch in der Zeichnung der Figuren deutlich zum Ausdruck; der Autor setzt einen großen Apparat in Bewegung, um an einer Menge äußerer Vorgänge den Charakter Tarquins in das rechte Licht zu setzen und es gelingt ihm dies doch nur unvollkommen; der Brutus verliert den Adel und die Größe, die dieser Figur innewohnen könnten, durch den Wahnsinn, den Brutus heuchelt, nachdem er in Wirklichkeit von seiner Geistesumnachtung geheilt worden ist. Am klarsten entwickelt ist von den Hauptfiguren noch die der Tullia, die in ihrer dramatischen Wirkung diejenige der Titelrolle erheblich übertrifft und weit mehr als Tarquin unsere Theilnahme in Anspruch nimmt. Menschlich nahe tritt uns aber nur die Gestalt, zu deren Ausführung der Autor keine Kunst brauchte, da sie in den einfachsten Linien gehalten ist, die Lucretia, und auch diese verstehen wir in ihrer erwähnten Scene mit Sextus nicht. Die freundliche Aufnahme des Dramas bei seiner vorgefertigen Ausführung enttarnet nicht sowohl dem Interesse an einer planvollen und übersichtlichen Gestaltung des Stoffes, als der Eindringlichkeit einzelner Scenen, aus denen eine unverkennbare dramatische Gewalt und ein poetisches Empfinden dem Zu-

— Am Samstag werden sich, wie der „Reichsbote“ hört, Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin von hier nach Potsdam begeben, um bei dem Adjutanten des Leibgarde-Husaren-Regiments, Herrn v. Chelius, der mit einer Tochter des früheren Staatsministers v. Puttkamer vermählt ist, der Taufe des erstgeborenen Sohnes beizuwohnen.

— Anlässlich der Geburt eines Sohnes Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich wurden heute Nachmittag 72 Salutschüsse im Lustgarten abgefeuert. Nach der „Post“ würde der Prinz den Namen Friedrich Karl erhalten.

— Der Kronrath, welcher gestern im königl. Schlosse unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers stattfand, währte 3 Stunden. Ueber diese Aeußerlichkeit hinaus sind hinsichtlich des Gegenstandes der Berathung vielfache Angaben verbreitet, deren keine, wie in der Natur der Sache liegt, auf ihre Richtigkeit zu kontrolliren ist.

— Die in einigen Blättern enthaltene Nachricht, daß ein Gesetzentwurf, der das Sozialistengesetz zu ersetzen bestimmt sei, bereits dem Bundesrath zugegangen wäre, ist gutem Vernehmen nach unbegründet. Wie das Wolff'sche Telegraphenbureau mittheilt, unterliegt der Gesetzentwurf noch den Berathungen des preussischen Staatsministeriums. (Einige Blätter haben den vorgelegten Kronrath mit der Angelegenheit in Verbindung gebracht, es ist aber schon oben gesagt worden, daß es sich hierbei um eine Vermuthung handelt, deren Richtigkeit nicht zu kontrolliren ist.)

— Nach einer Meldung aus Washington hat der Senat der Vereinigten Staaten heute die Ernennung von John Kasson, William Phelps und Georges Bates zu Vertretern der Vereinigten Staaten auf der in Berlin stattfindenden Samoa-Konferenz bestätigt. (Nach einer schon von uns wiedergegebenen Meldung aus Washington gilt es allerdings daselbst für fraglich, ob die amerikanischen Delegirten vor Mitte April nach Berlin abreisen können. Die Zuversicht, daß es zu endgiltigen praktischen Abmachungen auf der Konferenz kommen werde, wird jedoch überall getheilt. In erster Linie wird es sich darum handeln, daß, während bis jetzt nur Abkommen zwischen Samoa und den drei betheiligten Mächten bestanden, solche jetzt auch in klarer und jedem künftigen Zwispalt wegen Samoas vorbeugender Weise zwischen den drei Staaten unter einander zustande kommen werden.)

— Das Abgeordnetenhaus erörterte heute die Denkschrift über die Ausführung des Anstiedelungsgesetzes in Westpreußen und Posen. Minister v. Lucius erklärte, es treffe nicht zu, daß sich seit dem Erlaß des Anstiedelungsgesetzes die Auswanderung vermehrt habe. Der Anstiedelungskommission lägen tendenziöse Grundsätze fern, sie sei eine vollständig freie Behörde, deren Präsident die weitgehendsten Vollmachten besitze. Nach längerer Er-

örterung sympathisch entgegnet. Herr Kummer weiß die dramatischen Höhepunkte, die sich aus seiner Eintheilung des Stoffes ergeben, nachdrücklich und kraftvoll zu behandeln und die leidenschaftlichen Scenen seines Stückes athmen ein echtes Feuer. Die Sprache weist einige gute poetische Bilder auf, wenn sie auch von einer durchweg edlen und gleichmäßigen Diction natürlich noch ziemlich weit entfernt ist. Zu einem sicheren Schlusse auf das Talent des Verfassers wird man erst dann gelangen, wenn Kummer einen einfacheren Stoff einfacher behandelt, als es hier geschehen ist; bis dahin dürfte ihm, der in seinem „Tarquinius“ mehr der Technik Shakespeares als der unserer deutschen Klassiker nachgestrebt zu haben scheint, namentlich das Studium der Schiller'schen Behandlung dramatischer Stoffe zu empfehlen sein.

Die Direktion des Hoftheaters hat sicherlich einen Anspruch auf Anerkennung dafür, daß sie einem jugendlichen Autor den Weg zur Bühne eröffnete, und wir dürfen diese Anerkennung ausdehnen auf die sorgfältige, umsichtige Vorbereitung der Vorstellung; es fehlte nichts, was dazu beitragen konnte, das Werk zur bestmöglichen Geltung zu bringen. Unter den Darstellern würde Herr Brasch für seine temperament- und kraftvolle Wiedergabe der Titelrolle uneingeschränktes Lob verdient haben, wenn nicht unter eine Undeutlichkeit des Sprechens aufgefallen wäre, die wir gerade an diesem Darsteller gar nicht gewöhnt sind. Fräulein Bruch bot als Tullia eine durch Feuer der Leidenschaft ausgezeichnete Leistung, die mit ihren glänzenden Zügen und ihrem vortrefflichen Colorit unzweifelhaft den ersten Preis unter den schauspielerischen Darbietungen des Abends verdiente. Mit großem Fleiß und sicherem Geschick hob Herr Wassermann die charakteristischen Linien aus dem Bilde des Kummer'schen Brutus hervor, während über die Schwächen seiner Rolle sein wohlberichtetes Spiel so weit als möglich hinwegtäuschte. Sehr sympathisch gestaltete Fräulein Böning die Lucretia, namentlich in der großen Scene mit Brutus. Der sinnlich ungehämte Sextus des Herrn Wassermann, der milde Servius des Herrn Schilling, der stumpfsinnige Aruns des Herrn Lange, der Fulvius des Herrn Reiff waren lebensvolle Figuren; Herr Adermann fand dagegen als Collatin einer Aufgabe entgegen, der eine interessante Seite eben so wenig abzugewinnen ist als den Rollen des Oberpriesters Valerius (Herr Marx) oder der Cäcilia (Fräulein Bösch).

Erörterung stellte Sattler die allseitige Anerkennung des Hauses fest für die musterhafte Art, mit der die Kommission arbeite. Die Denkschrift ward für erledigt erklärt.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Lage der Blätter darüber, daß in der preussischen Eisenbahnvorlage das Projekt der Nebenbahn Tondern-Hoyer fehle, obwohl die Bedingung unentgeltlicher Pergabe von Grund und Boden erfüllt sei, als unbegründet. Die Verhandlungen über die Terrainbewilligung seien noch in der Schwebe.

Durch die Tagespresse ging kürzlich die Nachricht, daß der Reichskommissar für die internationale Ausstellung in Melbourne, kaiserlicher Regierungsrath Wermuth, vom Sonnenstich befallen sei. Diese Nachricht wird von zuverlässiger Seite bestätigt. Gleichzeitig aber erfährt man erfreulicher Weise, daß der Anfall nur ein leichter gewesen und von Herrn Wermuth rasch überstanden worden ist und daß letzterer seine Thätigkeit in vollem Umfang wieder aufgenommen hat. Der Kommissar hofft seine Arbeiten bis Mitte dieses Monats zu beendigen und gegen Ende des Monats Mai hier wieder eintreffen zu können.

Ueber die außerordentliche japanische Gesandtschaft, welche vorgestern hier eingetroffen ist, schreibt man der „Allg. Ztg.“ von hier:

Der Führer der Mission, der japanische Minister des Innern, General Yamagata, ist ein um sein Vaterland hochverdienter Mann; er gehört zu den ersten Vorkämpfern für die Herstellung der jetzigen staatlichen Einrichtungen Japans. An erster Stelle war er mit anderen bemüht, die zahlreichen feudalen Machtverhältnisse des Landes zu beseitigen und einer einzigen Centralgewalt in der Regierung des Kaisers unterzuordnen. In weiterer Ausführung seines Systems gab er den Gemeinden die Selbstverwaltung bezüglich ihrer inneren Angelegenheiten und schuf, nachdem man sich mit dieser Richtung schnell vertraut gemacht hatte, im April v. J. eine allgemeine Gemeindeordnung, welche seit einigen Monaten in Kraft getreten ist. Hierdurch ebnete der Minister den Boden für die Staatsverfassung, gleichsam die Krönung der gesamten reformatorischen Richtung. Die Verfassung, die vor kurzem erlassen ist, stimmt an sich mit den Staatsgrundsätzen Preußens und des deutschen Reiches überein. Schon einmal im Jahre 1869 besuchte der General die europäischen Staaten, um sich über die abendländischen Verhältnisse zu unterrichten. In die Heimath zurückgekehrt, richtete er das japanische Heer nach europäischem Muster ein. Seit etwa acht Jahren ist er Minister des Innern. Zweck seiner jetzigen Reise ist in erster Linie das Studium der praktischen Handhabung der Provinzial- und Gemeindeordnungen einiger großen europäischen Staaten, andererseits in seiner Eigenschaft als Militär die gleichzeitige Kenntnisnahme militärischer Einrichtungen. Für diese Reise sind acht Monate bestimmt. Der General war bereits in Frankreich und Italien, beabsichtigt hier in Berlin mindestens einen Monat zu verweilen und dann sich nach Rußland und Oesterreich zu begeben und über England und Amerika die Heimreise anzutreten. Er steht im 51. Lebensjahre. Leider spricht er keine europäische Sprache, dagegen befinden sich unter seinen Begleitern Beamte, welche vollständig die deutsche, französische, englische und italienische Sprache beherrschen.

Die „Frei. Ztg.“ vernimmt, daß die neue, in der Druckerei der Aktiengesellschaft „Volkzeitung“ gedruckte Zeitung „Die Zukunft“ durch mündliche Benachrichtigung seitens des Kriminalkommissars v. Tausch an den Redakteur Bernstein verboten wurde.

Die Gründe, auf welche sich das polizeiliche Vorgehen gegen die Berliner „Volkzeitung“ stütze, sind aus nachfolgendem Schreiben des Polizeipräsidenten von Richthofen an den Verleger des genannten Blattes zu ersehen:

Berlin, den 19. März 1889. Euer Wohlgebornen werden hiermit in Bestätigung meines Schreibens vom 17. März d. J. ergehen in Kenntnis gesetzt, daß auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 die Nummer 65 der „Volkstg.“ vom 17. März d. J. durch den Unterzeichneten verboten, und daß dies Verbot auch auf das fernere Erscheinen erstreckt worden ist. Die Veranlassung zu diesem Verbote hat der Artikel mit der Ueberschrift „Ein Gedanktag“ gegeben. In diesem Artikel wird in agitatorischer Weise die Revolution des Jahres 1848 als eine glorreiche That verherrlicht und namentlich den „arbeitenden Schichten“ der Nation hiervon der Hauptantheil zugeschrieben. „Dem Arbeiter“, heißt es in dem Artikel, „dem ehrlichen und treuen Volke gehöre der 18. März 1848, und ihm allein.“ Indem weiter gesagt wird, daß „das reiche Erbe, das der 18. März der Nation hinterlassen, durch Lug und Trug und nicht zuletzt auch durch die großmüthige Vertrauensseligkeit des Volkes verlottert und verloren sei“, und nachdem es im letzten Absatz des Artikels heißt, „daß das Gefühl der tiefsten Beschämung die Lebenden ergeissen müsse“, wird in nicht mißzuverstehender Weise darauf hingewiesen, daß die Kämpfer einer neuen Revolution sich den Dank des Volkes erwerben würden. Die Tendenz des Artikels geht daher deutlich darauf aus, durch eine Verherrlichung der revolutionären Kämpfe des Jahres 1848 namentlich die „arbeitenden Schichten“ der Nation zum Umsturz der bestehenden Staatsordnung aufzureizen, indem ihnen die Kämpfer des Revolutionsjahres als nachsicherungswürdige Beispiele vorgeführt werden. Wie bereits eine Reihe früherer Artikel der „Volkzeitung“ deutlich die Tendenz verrät, die bestehende monarchische Staatsordnung systematisch zu untergraben, so sind auch diese Ausführungen unverkennbar bestimmt, sozialistische, auf den Umsturz der bestehenden Staatsordnung gerichtete Bestrebungen zu fördern. Die angeführten Gründe rechtfertigen das Verbot des ferneren Erscheinens der „Volkzeitung“ gleichzeitig mit dem Verbote der Nummer 65 des genannten Blattes. Der Polizeipräsident v. Richthofen.

Riel, 20. März. Nach einem von Professor Dr. Werth gezeichneten Bericht ist das Befinden Ihrer Rgl. Hoheit der Prinzessin Heinrich und des neugeborenen Prinzen durchaus befriedigend.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. März. König Milan traf heute früh um 6 Uhr aus Pest unter dem Namen eines Grafen Takoma hier ein und wurde am Bahnhofe von der serbischen Gesandtschaft begrüßt. Er hat mit seinem Gefolge in einem Hotel auf dem neuen Markt Absteigequartier genommen,

woselbst mehrere Salons im ersten Stocke, welche schon wiederholt vom rumänischen Königspaar bewohnt wurden, zu diesem Zwecke in Stand gesetzt wurden. König Milan verbleibt in den bisherigen Dispositionen zufolge bis Freitag in Wien. Er hatte gestern in Pest einen halbtägigen Gegenbesuch des Kaisers empfangen. — Die gestrigen Ausführungen des Prinzen Liechtenstein im Abgeordnetenhaus werden heute vom „Freundenblatt“ sehr abfällig beurtheilt. Das genannte Blatt schreibt am Schlusse einer längeren Erörterung über die Parlamentsrede des Prinzen: „Prinz Alois Liechtenstein hat die Schulverfassungen anderer Länder zitiert, und dieser Theil seiner Rede hat etwas Bestehendes. Wenn nur die Verhältnisse bei uns nicht so anders geartet wären, wenn nur die Religiosität oder Konfession nicht so oft den Deckmantel für nationalen oder politischen Egoismus abgeben würde. Was wird das Schicksal des deutschen Volksschullehrers in einem slovenischen oder czechischen, welche die Zukunft des liberalen Lehrers in Oesterreich werden? Wie wird es überhaupt den deutschen Volksschulen oder Privatlehranstalten in gemischten Ländern ergehen, wenn den Landtagen die Schulverfassung auch nur theilweise überlassen bliebe. Das sind der Bedenken schon genug, um vor jedem eingreifenden Reformiren an der geltenden Volksschulordnung zu warnen, wenn man nicht neben konfessionellen noch weit heftigere nationale und staatsrechtliche Kämpfe wachrufen will; das sind Bedenken, welche selbst die wohlgeronnene Rede des Prinzen Liechtenstein nicht verschönt hat, die aber desto stärker werden, je näher man auf die praktische Ausführung der neuen konfessionell-föderativen Schulverfassung eingeht. Ist es doch wahrscheinlich, daß sie nur in wenigen Gebieten der Monarchie den konfessionellen, in den meisten jedoch den ausgeprochensten slavisch-föderativen Charakter annehmen würde. Schreitet Prinz Alois Liechtenstein mit demselben Kampfesmuthe, von dem jeder Satz der heutigen Rede durchweht ist, auf seiner Bahn weiter, dann gehen wir ernstlichen parlamentarischen Konflikten und einer trüben Situation entgegen.“ — Heute erörterte im Abgeordnetenhaus bei der Debatte über das Unterrichtsbudget der Unterrichtsminister Dr. v. Gautsch zunächst einige Fragen des Mittelschulunterrichts, sodann der Volksschule. Dieselbe habe zwei große Aufgaben zu leisten: Erziehung und Unterricht. In ersterer Hinsicht sei die Schule verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig. Diese Frage werde vor das Haus gelangen und dann werde er seine Stellung im einzelnen präzisiren. Er werde die Rechte des Staates an der Schule wahrhaben, die Schule als ihr wahrer Freund vertreten, die Geschäfte seines Ressorts unter Festhaltung des Staatsgedankens sachlich führen, den Unterricht zu heben suchen und den Ansprüchen aller Völker des Vaterlandes auf die staatlichen Bildungsmittel im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit entgegenkommen. Der Unterrichtsminister bemerkte im Verlaufe der Rede noch, einzelne Beschwerden des Prinzen Liechtenstein gegen gewisse Einrichtungen und Vorkommnisse in der Volksschule verdienten volle Beachtung. Der Minister müsse jedoch die Lehrerschaft schützen, da ein großer Theil derselben seine Pflichten in anerkannter Weise erfüllte. Er werde ein eventuelles Votum über die Schulreform nach seiner Ueberzeugung rückhaltlos, als Kronrath seiner Verantwortlichkeit bewußt, abgeben, nicht als Werkzeuge des Prinzen oder der Opposition. Abg. Namel verlangte die Aufhebung der Prüfungsordnung an der Prager czechischen Universität. Abg. Gregar trat entschieden für die neue Schule ein, die Meritalken erstrebten nur die Herrschaft der Kirche. Abg. Rutowski wünschte die Frage, wo Konfessionsschulen zu errichten seien, den Landtagen vorzubehalten. Die Verhandlungen wurden schließlich bis zum Donnerstag vertagt.

Budapest, 20. März. Eine Studentenmenge brachte vor der Wohnung des liberalen Abgeordneten Krajszil eine Kagenmusik dar. Dann zogen die Demonstranten vor die Redaktion des Regierungsblattes „Remjet“, wo sie eine Nummer dieses Blattes verbrannten. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen. Truppen gestreuten die Unruhestifter und nahmen mehrere Verhaftungen vor. — Im Unterhause wurde heute die gestrige Revolveraffaire erörtert. Der oppositionelle Abgeordnete Franzhi beantragte, das Abgeordnetenhaus solle die Erwartung aussprechen, daß die Gerichte ihre Schuldigkeit thun. Franzhi zog jedoch seinen Antrag zurück, nachdem mehrere Redner und Tisza Widerspruch erhoben hatten. Dagegen wurde der Antrag Apophy's, daß der Immunitätsauschuß durch Zugenvernehmung den Thatbestand feststelle, angenommen. Im Couloir fand ein heftiger Wortwechsel zwischen den Abgeordneten Polonyi und Krajszil statt, welcher zu einem Zweikampf führen zu sollen schien. In dieser Angelegenheit hielten die Abgeordneten nach dem Schluß der Sitzung eine geheime Berathung, in welcher der Konflikt nach gegenseitigen Erklärungen friedlich beigelegt wurde. Vor dem Parlamentsgebäude fanden heute starke Ansammlungen statt. Die meisten Abgeordneten erschienen zu Wagen, um jeden Anlaß zu Ovationen und Provokationen zu vermeiden. Als Tisza erschien, begann die Menge mit Pöhlen und Pfeifen und Rufen „fort mit Tisza“; eine Anzahl den untersten Volksschichten angehörige Burschen liefen unter Schmährufen dem Wagen Tisza's nach. Der Abgeordnete Pulszky wurde von der Volksmenge angegriffen und durch einen Abgeordneten der Opposition, Toes, geschützt. Letzterer wurde durch einen schweren Stockhieb am Kopfe verletzt und blutüberströmt weggetragen. Ein Individuum wurde mit einem Stilet ernstlich verwundet. Militär besetzte verschiedene Punkte der Stadt.

Italien.

Rom, 20. März. Der Papst ernannte den Münchener Nuntius Ruffo Scilla zum Majordomo und Palast-

wärter. — Die „Agenzia Stefani“ erklärt die vom Pariser „Gaulois“ verbreitete Meldung über eine Mittheilung Crispi's an den Botschafter Launay, betreffend die Zusammenziehung des neuen Kabinetts, für vollständig falsch. (Wir haben von der Meldung des Pariser Blattes keine Notiz genommen.) — Bei dem gestrigen (anlässlich der Errichtung der katholischen Universität in Washington veranstalteten) Bankett im nordamerikanischen Kollegium hielt Kardinal Parochi eine Rede, worin er sagte: „Wenn der Papst Europa verlassen sollte, so würde er Asyl und Gastfreundschaft bei den amerikanischen Bischöfen finden.“ — Der „Risforma“ zufolge reduziert sich der telegraphisch gemeldete Zwischenfall von Benghazi auf die folgenden Thatsachen. Der Ortsunterpräfekt erwiderte nicht den Besuch des neuen italienischen Vicekonsuls, obwohl letzterer das Exequatur des Sultans hat, und ließ auch ein darauf bezügliches Schreiben des Vicekonsuls unbeantwortet. Das Erscheinen des italienischen Vauersschiffes hat dann, wie gemeldet, den Unterpräfekten veranlaßt, Italien die verlangte Genugthuung zu geben.

Frankreich.

Paris, 20. März. Gutem Vernehmen nach wird Präsident Carnot mit seiner Gemahlin am 2. April einer Einladung des deutschen Botschafters, Grafen Münster, zu einem Mahle Folge leisten. — Es verlautet, der Deputirte Chevillotte beabsichtige, den Finanzminister über das „Comptoir d'Escompte“ zu interpelliren, namentlich betreffs der Intervention der Banque de France. — Die hiesige Handelskammer votirte dagegen im Namen der Pariser Handelswelt einstimmig dem Finanzminister und allen denen Dank, welche die Initiative bei der Intervention in der Krise des Comptoir d'Escompte ergriffen. — Die heute vor den Untersuchungsrichter geladenen Mitglieder der Patriotienliga verweigerten ihre Aussage. Droulede und Richard werden nicht verhört, da sie erklärten, keine Aussagen machen zu wollen. Die Abfassung des Berichts des Untersuchungsrichters soll etwa vierzehn Tage in Anspruch nehmen, so daß die gerichtlichen Verhandlungen erst zu Anfang April beginnen werden. — Dem vormaligen deutschen Reichstagsabgeordneten Antoine ist bei seiner heutigen Ankunft in Paris ein demonstrativer Empfang zu theil geworden. Der „Temps“ erklärt das von chauvinistischer Seite in Umlauf gesetzte Gerücht, Antoine habe auf Wunsch der französischen Regierung sein Mandat zum deutschen Reichstag niedergelegt, für erfunden.

Belgien.

Brüssel, 20. März. Auf den Antrag zahlreicher Vertreter der ländlichen Bezirke beschloß die Vereinigung ländlicher Vereine einstimmig, einen Eingangszoll auf alle ländlichen vom Auslande kommenden Erzeugnisse zu beantragen.

Serbien.

Belgrad, 20. März. Heute fand ein Ministerrath statt, welcher die Möglichkeiten beriebt, um die Ausgaben des Budgets den wirklichen Einnahmen anzupassen, somit ein Defizit zu verhindern. Die betreffenden Maßregeln sollen auch auf das bereits geltende Budget angewendet werden.

Türkei.

Konstantinopel, 20. März. Das Gerücht, der englische Botschafter White werde aus Gesundheitsrücksichten abberufen werden, findet in unterrichteten Kreisen nirgends Bestätigung; dasselbe gilt vielmehr nur als Ausdruck der Wünsche der politischen Gegner White's.

Beitragsskizzen.

Das Geheimnisswesen wurde in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 14. März, wenn auch nicht eingehend behandelt, so doch von verschiedenen Standpunkten aus beleuchtet, ohne daß man über die Grundsätze, nach welchen eine Regelung der Angelegenheit erfolgen könnte, ins Klare kam. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt es für bemerkenswerth, daß vonseiten des Abg. Dr. Graf nicht allein ein Ueberhandnehmen der Geheimnissfrage beklagt wurde, sondern auch die in „Folge der Fortschritte der Chemie immer mehr überhandnehmende Ueberchwemmung des Marktes mit sogenannten neuen Heilmitteln“. Das genannte Blatt widmet dem Gegenstande einen besonderen Artikel, in welchem es sagt: „Das Kennzeichen der Behandlung der Geheimnissfrage seitens der Ärzte ist eine gewisse Scheu vor einer weiteren Ausbildung des Verfalls von Arzneimitteln ohne ärztliche Vermittelung und ein Bock auf die Junktur, welches nach Lage der Geseßgebung nicht gerechtfertigt ist. Das Volk ist nicht ein unbedingter Verehrer der ärztlichen Kunst, namentlich nicht, soweit die innere Medizin in Frage kommt. Bei schwierigen Fällen hat schon jeder, welcher mehrere Ärzte zu Rathe ziehen mußte, erlebt, wie die Ansichten derselben auseinandergehen, und es drängt sich dem Laien dabei unwillkürlich der Schluß auf, daß die Wissenschaft in solchen Fragen keine bestimmte Antwort zu geben vermöge. Daher erscheint es nicht gerechtfertigt, dem großen Publikum die Zuanfrage an der Hand der Ärzte völlig zu unterbinden. Die natürliche Folge des Nachgebens an die Forderungen der Ärzte würde u. a. auch die völlige Unterdrückung der sogenannten Naturheilmethoden sein; ob dieselbe zweckmäßig sein würde, ist denn doch überaus fraglich. Müßte doch der Abg. Langens aus anerkennen, daß gerade die Mittel, welche von sogenannten Kurpfuschern zuerst angewendet würden, jetzt die Hauptmittel der Ärzte seien, daß die Massage von den alten sogenannten „Streichfrauen“ erlernt sei und daß die Wasserkur ebenfalls von Pfuschern stamme, wenn sie auch heute besser ausgebildet sei. Sowie also klar, daß bei Ordnung dieser Angelegenheit nicht einseitig das Interesse der ärztlichen Praxis vertreten werden darf und daß der Aerzten überlassen bleiben muß, sich gegen eine Konkurrenz zu schützen, die vielleicht eine Umwandlung unserer gesammten neueren medizinischen Wissenschaft zur Folge haben kann. Die chemische Wissenschaft ist in ihrem guten Rechte, wenn sie, was Herr Dr. Graf beklagt, neuere Heilmittel produziert. Würde sie es nicht thun, so wäre die leidende Menschheit schlecht bestellt, denn der Arzt entdeckt in der Regel nicht neue Heilmittel, sondern erprobt dieselben, nachdem sie ihm von der Chemie dargeboten worden sind. Diese Unklarheit der Anschauungen dessen, was noth thut, scheint

auch die Ursache zu sein, daß es mit der Befestigung in dieser Angelegenheit nicht gerade mit Riesenschritten vorwärts geht. Bisher ist, wie der Kultusminister mittheilte, ein Entwurf im Reichsgesundheitsamt zur Revision der Verordnung vom 4. Jan. 1875 über den Verkehr mit Arzneistoffen ausgearbeitet worden, der den preussischen Behörden zur Begutachtung vorliegt. Hoffentlich wird in dem Entwurf auch des unheilvollen Zustandes gedacht werden, der durch das in bester Absicht erfolgende Eingreifen der lokalen Behörden in die Regelung des Geheimmittelverkehrs herbeigeführt ist. Daß dieser Zustand ein unhaltbarer geworden ist, wurde von dem Abg. Olzem ausdrücklich betont und dabei erwähnt, daß, was in den Vororten und zum großen Theil auch im Lande erlaubt sei, hier verboten sei. Dabei ist es klar, daß die Provinzialblätter, die in Berlin verbreitet sind und durchweg Geheimmittelanzeigen enthalten, von rechtswegen denselben Strafen unterworfen werden müßten, wie die Berliner Blätter, wenn die Verordnung eine Wirkung haben soll. Es ist z. B. gar nicht ausgeschlossen, daß jemand auf den Gedanken kommt, dicht bei Berlin eine Zeitung herauszugeben, mit der ausgesprochenen Absicht, möglichst viele Geheimmittelanzeigen zu verbreiten und den Leserkreis für die Zeitung lebendig in Berlin zu gewinnen. Nach der jetzt üblichen Praxis könnte einem solchen Beginnen gar nicht entgegengetreten werden. Die Erklärungen des Kultusministers lassen erkennen, daß die Hoffnung auf eine gesetzliche Lösung der entstandenen Schwierigkeiten nicht mehr eine eitle ist. Jedenfalls wird dann ein gleicher Rechtszustand über ganz Deutschland geschaffen werden müssen, damit die verschiedenen, mit dem Verkehr mit Arzneimitteln zusammenhängenden Interessen sich unter dem Gesetze einzurichten vermögen und eine Sicherheit wiedergewinnen, die sie heute theilweise verloren haben. Auch der ärztliche Stand wird dann wieder die nötige Unbefangtheit den Reklamen der nicht zumtunfähigen Konkurrenz gegenüber gewinnen.

Zur Charakteristik des Verhaltens unserer sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten dient ein Vorfall, dessen das „Leipziger Tageblatt“, wie wir der „Nordb. Allg. Ztg.“ entnehmen, Erwähnung thut. „Bei einer Wahlprüfung richtete ein sozialdemokratischer Abgeordneter gegen eine nicht zum Hause gehörige Person heftige Angriffe. Diese Person befand sich zufällig auf der Tribüne des Hauses und nahm nach Schluß der Rede sofort Veranlassung, den betreffenden Abgeordneten aufzufordern, die unter dem Schutze der Redefreiheit gegen ihn ausgesprochenen Beschimpfungen auch außerhalb des Hauses zu wiederholen, um ihn wegen derselben zur Verantwortung zu ziehen. Der Abgeordnete sollte also die volle Verantwortung eines Nichtabgeordneten für die ausgesprochenen Beleidigungen übernehmen. Dieser Aufforderung habe sich der Abgeordnete aber entzogen und auch auf einen diesbezüglichen Brief nicht geantwortet, wohl aber seien im stenographischen Bericht sämtliche Angriffe verändert, beziehentlich abgemildert, was sich recht deutlich daraus ergab, daß in verschiedenen Blättern mit anerkannt gutem Parlamentsbericht das wirklich Gesagte unter dem unmittelbaren Eindruck der Rede wesentlich anders wiedergegeben sei.“

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 21. März.

Das sechste Abonnementskonzert des Großh. Hoforchesters findet am Dienstag den 26. März Abends 7 Uhr im großen Musiksaale dahier unter Mitwirkung des k. k. österreichischen Hofopernsängers Herrn Ernst von Dyk statt.

(Schießübung mit scharfen Patronen.) Die Unteroffizierschule Ettlingen wird am Freitag den 22. d. Mts. in der Zeit von 2 bis 5 Uhr Nachmittags auf den Zwischen der Bahnhofs-Ettlingen-Karlsruhe und dem Hartwald, nördlich und südlich der Straße Ettlingen-Mörsch gelegenen Erlen- und Holwiesen ein Schießen mit scharfen Patronen abhalten. Die Straßen Ettlingen-Mörsch, Ettlingen-Forchheim, Ettlingen-Dürmersheim, Ettlingen-Scheibhardt und Bruchhausen-Dürmersheim sind während des Schießens für den Verkehr gesperrt. Passanten des vorgenannten Terrains haben den Befehlungen der ausgestellten Posten unbedingt Folge zu leisten.

Freiburg, 20. März. (Kreisversammlung.) Die diesjährige Tagung der Kreisversammlung nahm heute Nachmittag um 1 1/2 Uhr ihren Anfang. Die Versammlung wurde von dem Kreispräsidenten, Geh. Regierungsrath Stoesser, willkommen geheißen und darauf zur Wahl des Bureaus geschritten; es wurden die Herren Oberbürgermeister a. D. Schuler zum ersten und Geh. Regierungsrath Müller von Breisach zum zweiten Vorstand gewählt. Frhr. v. Böcklin, Vorsitzender des Kreisaußschusses, erstattete den allgemeinen Geschäftsbericht für das Jahr 1888. Aus demselben ist besonders hervorzuheben, daß gegenüber den bedeutend größeren Aufträgen eine kleine Umlageerhöhung von 1/10 Pf. erforderlich ist. Eine neue erhöhte Gebührenordnung für Tagesdiäten wird ohne Debatte angenommen. Sodann werden für die landwirtschaftliche Winterschule 3480 M. bewilligt und die Abänderung der Satzungen der Anstalt gutgeheißen. Die Frage, ob die landwirtschaftliche Schule in Freiburg verbleiben oder nach Ettlingen verlegt werden soll, worüber in einem früheren Bericht eingehender gesprochen wurde, erfuhr eine gründliche Erörterung. Die Stadt Ettlingen hat schöne Angebote gemacht, wenn die Schule dorthin verlegt werden würde, und ein Nachtheil für die Anstalt selbst könnte daraus nicht entstehen, wenn auch das Amtsstädtchen an der Grenze des Kreises liege. Nun aber hat die Stadt Freiburg noch weit glänzendere Anerbietungen gemacht, nach welchen ein Schulhaus ohne Mehrbelastung des Kreises zu dessen Eigenthum erkaufte werden könne, während man doch in Ettlingen kein Eigenthum erhalte, da das betreffende Gebäude Eigentum des Amtsstädtchens verbleibe. Kreisabgeordneter Schaben von Ettlingen nahm sich mit Wärme seiner Vaterstadt an, andererseits wies unter aller Anerkennung für Ettlingens Bemühungen der Großh. Landeskommissar Ministerialrath Siegel überzeugend nach, daß das Interesse der Schule deren Verbleiben in Freiburg bedinge. Nach weiteren Ausführungen des Kreisaußschussesmitglied Wagner zu Gunsten Freiburgs wird der Antrag, die landwirtschaftliche Winterschule in Freiburg zu belassen, mit großer Mehrheit angenommen. Für die Ausbildung von Arbeitslehrekräften wurden 300 Mark und für Visitation von Arbeitsschulen ebenfalls 300 Mark bewilligt, ferner 2000 Mark für die Kreisbauhaushaltungsschule in Reuzingen und 1000 Mark für die Ausbildung weiterer Arbeitslehrekräften in der Haushaltungsschule. Für die Uhrmacherschule in Furtwangen werden 500 M. und für Stipendien an Schüler der Anstalt die gleiche Summe bewilligt. Die gleiche Summe erhält auch die Schnitzerschule in Furtwangen. An unbemittelte Schüler der großh. Baugewerkschule Karlsruhe werden 300 M. genehmigt. Der von Frhr. v. Böcklin erstattete Bericht über die Kreispflegeanstalt hebt mit rühmender

Anerkennung die Wirksamkeit des Direktors Dr. Eschbacher hervor; die Anstalt hat in diesem Jahre zum erstenmale keinen Beitrag mehr erfordert. Dem Direktor wird ein erhöhter Gehalt (5000 M.) als Dank für seine Thätigkeit bewilligt. Für Verpflegung von Augenkranken in der Universitätsklinik werden 4000 M. angefordert und bewilligt. Die Armenkinderpflege macht einen Aufwand von 45 600 M. erforderlich und erhält die dafür angelegte Summe Genehmigung. Es wird nach den gemachten Erfahrungen hervorgehoben, daß die Unterbringung von Waisen auf dem Lande die Norm bilden solle und daß die Waisenhäuser allmählich auf den Aussterbeetat zu legen seien, wogegen Kreisabgeordneter Karl Mez das Verbleiben der Kinder in Familien nicht unbedingt billigen kann, sondern, wenn nicht besondere Garantien geboten sind, den Waisenhäusern den Vorzug gibt. Als Kreisbeitrag zu den Unterhaltungskosten für die in Taubstummen-, Blinden- und anderen Anstalten untergebrachten Kinder werden 1000 Mark eingestellt. Für die gesetzliche Landarmenpflege leistet die Staatskasse 93 000 M. und wird daher dieser Betrag in Einnahme gestellt, dagegen der gleiche Betrag in Ausgabe gebracht. Zur Verbesserung des Krankenpflegewesens in Landgemeinden, das noch vielfach im argen liegt, sollen eigene Krankenpflegerinnen ausgebildet werden und werden dafür 375 M. bewilligt, um vorerst mit der Ausbildung von 3 Pflegerinnen beginnen zu können. Als Beitrag für die Arbeiterkolonie Aukenburg werden 500 M. angefordert und bewilligt. Zur Hebung der Obstbaumzucht werden 6000 M. genehmigt. Zur Hebung der Rindviehzucht sollen wieder Simmenthaler Zuchtsarren angekauft werden und werden dafür 1000 M. bewilligt, sowie 300 M. zu Prämien bei Kaufseifen. Für Krankheits- und Unfallversicherung an Gewerbetreibenden entsprechende Beiträge bewilligt und sodann der Rest der Verhandlungen auf morgen vertagt.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 21. März. (Privattelegramm.) Ihre Majestäten die Kaiserin Augusta Victoria und Kaiserin Augusta, sowie Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Baden begaben sich gestern nach dem Kaiserin-Augusta-Stift in Charlottenburg, um der Prüfung der Zöglinge dieser Anstalt beizuwohnen.

Berlin, 21. März. Der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge legt nächste Woche der Hofkapellmeister der Kaiserin Augusta die tiefe Trauer an und beginnt die Halbtrauer. — Der russische Botschafter Graf Schuwaloff ist nach Petersburg gereist, woselbst Graf Peter Schuwaloff hoffnungslos krank darniederliegt.

Berlin, 21. März. Im Reichstag fand heute die zweite Berathung des Nachtragsetats statt. Der Reichskanzler Fürst Bismarck war im Saale anwesend. Zunächst wurden die Nachtragsforderungen des auswärtigen Amtes sowie des Reichsamts des Innern genehmigt. Die ordentlichen Ausgaben des Militäretats wurden nach einer im ganzen unerheblichen Debatte bewilligt.

Bei dem Marinetat widerlegte der Condreadmiral Heuser die von den Abgg. v. Frankenstein und Richter gegen die Neuorganisation der Marinebehörden geäußerten Bedenken; der Schwerpunkt der Einrichtung liege darin, daß dem Oberkommando die Disposition über die Verwendung der Streitkräfte zustehe, die Verwaltung habe damit nichts zu thun.

Fürst Bismarck betonte, die Verantwortlichkeit der Marinebehörden gegenüber dem Reichstag werde in keiner Weise geändert, eine Schwächung der konstitutionellen Garantien könne aus der Trennung des Kommandos von der Verwaltung nicht entstehen. Er fordere die verfassungsmäßig vorgeschriebene Trennung, er könne für das Kommando keinerlei Verantwortung tragen.

Die Abgg. v. Kardorff und Miquel sprachen für die Bewilligung der Forderung; Abg. v. Frankenstein bemerkte, er werde nach der Erklärung des Reichskanzlers für die Bewilligung stimmen.

Nichter wiederholte seine Bedenken; die Autorität des Kaisers sei für ihn nicht bindend, denn dann brauche man den Reichstag überhaupt nicht.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck wies diese Theorie Richters zurück, denn dann könne man auch sagen, wenn wir einen Reichstag haben, brauchen wir keinen Kaiser. Es handle sich darum, eine erprobte Einrichtung der Landarmee auf die Marine zu übertragen und, wie der Landarmee einen kommandirenden General, so der Marine einen kommandirenden Admiral vorzusetzen. Der Höchstkommandirende beider sei der Kaiser.

Die Neuorganisation der Marine wurde darauf mit großer Majorität bewilligt, ebenso der Rest des Nachtragsetats. Die Vorlage über die Transatlantiker wurde in dritter, die Vorlage über Aufhebung zweier Bestimmungen des Brauntweinsteuergesetzes in zweiter Lesung genehmigt.

Nächste Sitzung Samstag 11 Uhr. Dritte Lesung des Nachtragsetats, zweite Lesung des Genossenschaftsgesetzes.

Berlin, 21. März. (Privattelegramm.) Der Unionklub veranstaltet im Jahre 1890 eine Pferdeausstellung in Berlin. Die Ausstellung soll eine glänzende werden.

Kiel, 21. März. Nach dem heute ausgegebenen Bulletin hatte Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Heinrich eine gute Nacht; Kräftezustand und Gemeinbefinden sind durchaus befriedigend. Das Befinden des neugeborenen Prinzen ist normal.

Hamburg, 21. März. Der „Hamburgischen Börsenhalle“ zufolge sichte der heute hier angelommene Dampfer „Armin“ nordwestlich von Helgoland einen sehr großen neuen Luftballon ohne Gondel und Netzwerk auf; derselbe scheint französischen Ursprungs zu sein.

Bern, 21. März. Der Bundesrath beschloß, das nach Tessin entsandte Infanteriebataillon Nr. 68 am 28. März durch die Bataillone Nr. 67 und 69 abzulösen. Dieselben haben sich dem eidgenössischen Kommissar zur Verfügung zu stellen, daneben soweit als möglich den auf dieses Jahr fallenden Regimentwiederholungskurs durchzuführen.

Sebastopol, 21. März. Der Mönch Paisii behauptet, der Zwischenfall von Sagallo sei nicht durch italienische Intrigen verursacht, vielmehr wirkten französische Mönche in Obock der orthodoxen Propaganda entgegen, und ihnen sei es endlich gelungen, die russische Mission zu vertreiben. Paisii behauptet ferner, Achimoff habe keine überflüssigen Waffen besessen, sondern vielmehr Mangel an Waffen gehabt. Die Franzosen hätten kein Recht auf Sagallo (?) und hätten auch Achimoff von der Absicht, auf die Russen zu feuern, nicht in Kenntniß gesetzt. Der erste Schuß sei Nachts gefallen, als alles schlief.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Gärder in Karlsruhe.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, 22. März. 40. Ab. Vorst. „König Richard II.“, Trauerspiel in 5 Akten, von Shakspeare. Anfang 1/2 7 Uhr.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Eheaufgelohe. 20. März. Dr. Karl Glöckner von Freiburg, Ministerialsekretär hier, mit Johanna Fischer von Leberlingen — Karl Müller von Reigheim, Glaser hier, mit Elisabetha Durand von Welschnreuth. Todesfälle. 20. März. Wilhelm Längin, Ehemann, Schreiner, 39 J. — Elise Graf, ledig, Privatier, 40 J. — 21. März. Simon Kästle, ledig, Tagelöhner, 43 J. — Gottlieb Kiefer, ledig, Bierbrauer, 27 J. — Georg Konrad, 1 M. 6 J., B.: Konrad Gumerfauth, Tagelöhner.

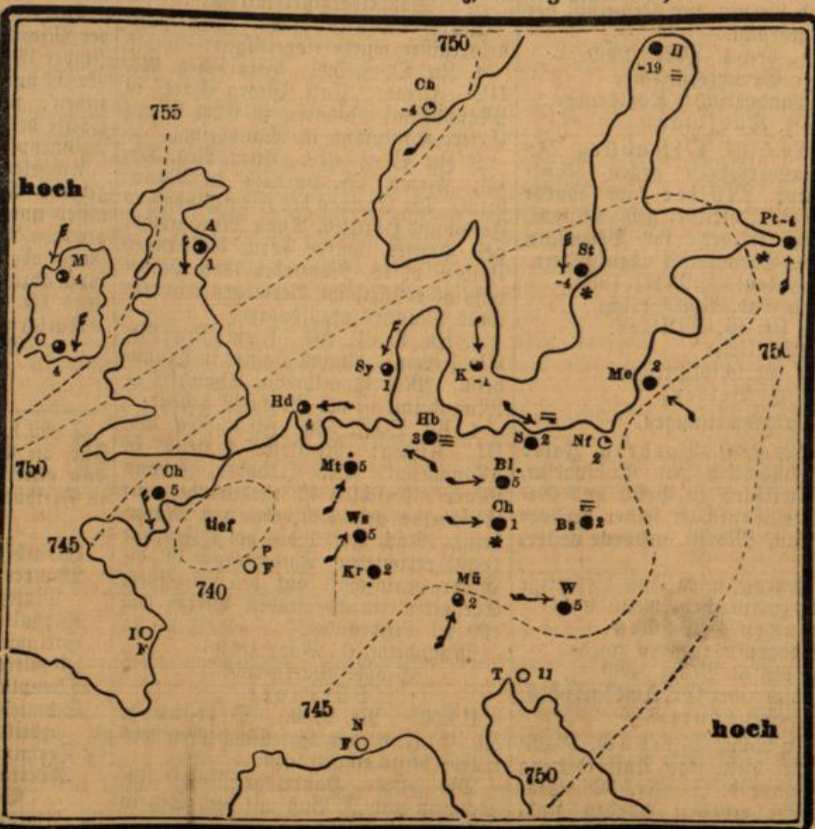
Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

März	Barom. in mm	Therm. in C.	Wind. in mm	Relative Feuchte in %	Wind.	Witterung.
20. Nachts 9 U.	734.0	+ 4.8	5.7	89	SW	bedekt
21. Mts. 7 U.	733.6	+ 2.2	5.0	93	SE	"
21. Mts. 2 U.	734.2	+ 8.9	6.1	72	SW	"

1) Regen. Regen = 2.1 mm der letzten 24 Stunden.

Wasserstand des Rheins. Wagan, 21. März, Mrgs., 3.54 m, gekiegen 14 cm.

Wetterkarte vom 21. März, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Eine Zone verhältnismäßig niedrigen, sehr unregelmäßig vertheilten Luftdrucks zieht sich heute von Frankreich aus in nordöstlicher Richtung bis Finnland zwischen zwei Gebieten hohen Druckes hin, von welchen das eine im Nordosten, das andere im Südosten des Erdtheils liegt. Das Wetter ist dementsprechend meist trüb, regnerisch und etwas kälter, doch ist der Frost aus Mitteleuropa verschwunden.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 21. März 1889.

Staatspapiere.	Wahnsinnien.
4% Deutsche Reichsanleihe	Staatsbahn 204 1/2
108.95 Lombarden	84 1/2
4% Preuss. Konf. 108.70	Galizier 171.50
4% Baden in fl. 103.05	Elbthal 176 1/2
4% in W. 105.55	Westfälische 150.30
Deherr. Goldrente 93.60	Münchener 110.60
Silberrent. 70.30	Lübeck-Büch.-Ob. 173.—
4% Ungar. Goldr. 85.30	Gottthard 141.90
1877r. Russen —	Weschsel und Sorten.
1880r. —	91.— Wechsel a. Amst. 169.15
II. Orientanleihe 67.30	London 20.46
Italiener 95.90	Paris 80.82
Ägypter 87.60	Wien 167.96
Spanier 74.40	Napoleonsbr. 16.20
Serben 82.20	Privatbanknoten 2.—
Banken.	Bad. Rudersdorf 100.—
Kreditaktien 254 1/2	Altali. Wechsel.
Disconto-Kommandit 238.60	Kreditaktien 254 1/2
Basler Banker. 156.50	Staatsbahn 205.—
Darmstädter Bank 172.70	Lombarden 84 1/2
6% Serb. Hyp. Ob. 84.10	Leipzig: fest.
Berlin.	Wien.
Deft. Kreditakt. 163.70	Kreditaktien 304.10
Staatsbahn 102.10	Marknoten 59.47
Lombarden 42.90	Ungarn 101.65
Disct.-Kommand. 241.50	Leipzig: fest.
Laurahütte 136.40	Paris.
Dortmunder 96.60	3% Rente 85.75
Marienburg 83.50	Spanier 74 1/2
Böhm. Nordbahn —	Ägypter 442.—
Leipzig: —	Ottomane 542.—
	Leipzig: —

Unter dem Protektorat Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin Luise von Baden.
Konservatorium für Musik in Karlsruhe.

Neue Kurse aller Fächer beginnen am 23. April 1889.
 Für die theoretischen Fächer und für das musikalische Diktat können Hospitanten zugelassen werden.
 Zur Aufnahme in die Vorbereitungsclassen sind musikalische Vorkenntnisse nicht erforderlich.
 Das Honorar beträgt für das Unterrichtsjahr in den Oberklassen M. 250, in den Mittelklassen M. 200 und in den Vorbereitungsclassen M. 100 und ist in zweimonatlichen Raten dränummerando zu entrichten.
 Austritte sind 6 Wochen vorher anzuzeigen.
 Anmeldungen sind bis zum 13. April mündlich oder schriftlich und von da ab bis 23. April schriftlich an den Direktor **Heinrich Ordenstein**, Dirschstraße 61, zu richten.
 Der Prospekt des Konservatoriums ist gratis und franco zu beziehen durch die Direktion, die Musikalienhandlungen der Herren **Drt., Oscar Raffert Nachf., Schuster**, sowie durch die Hof-Pianofortefabrikanten Herren **Gebäude Frau und L. Schweisgut** in Karlsruhe, woselbst auch nähere Auskunft erteilt wird.
Die Direktion: Heinrich Ordenstein.
 Sprechstunde täglich von 9-10 Uhr.

T. 829.1.

T. 621.2.

Deutscher Phönix.

Sieben und vierzigste General-Versammlung.
 Die Aktionäre des Deutschen Phönix, Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt a. M., werden hiermit zu der **Samstag den 13. April 1889, Nachmittags 3 Uhr,** zu **Karlsruhe** im Lokale der Handelskammer, **Karl-Friedrichstraße Nr. 30,** stattfindenden 47. General-Versammlung eingeladen.
Tagesordnung:

- Bericht der Direktion und des Verwaltungsrathes über das abgelaufene Geschäftsjahr.
 - Bericht des Rechnungs-Prüfungs-Ausschusses.
 - Genehmigung der Jahres-Rechnung und der von dem Verwaltungsrathe bestimmten Dividende pro 1888.
 - Erneuerung des Verwaltungsrathes und der Section Karlsruhe.
 - Wahl des Rechnungs-Prüfungs-Ausschusses pro 1889.
- Die Aktionäre oder deren Bevollmächtigte werden ersucht, in der Zeit vom 30. März bis 5. April incl. auf dem Bureau der Gesellschaft in Frankfurt a. M. oder auf dem Bureau der Section in Karlsruhe sich persönlich oder schriftlich anzumelden und über ihre statutenmäßige Berechtigung durch Angabe der Nummern der auf ihre Namen in die Register der Gesellschaft eingetragenen Aktien, die Bevollmächtigten außerdem durch Einreichung ihrer mit gesetzlichem Stempel versehenen Vollmachten sich zu legitimiren, wogegen ihnen die erforderlichen, mit der Zahl der ihnen zuzurechnenden Stimmen versehenen Eintrittsarten verabfolgt werden.
 Frankfurt a. M., den 7. März 1889.

Der Verwaltungsrath.

T. 826. Heidelberg.

Bekanntmachung.

Die heute in öffentlicher Verlosung gezogenen Schuldverschreibungen der israel. Gemeinde Heidelberg Litra B. Nr. 63 und Nr. 84, je 500 Mark, werden hiermit zur Heinszahlung auf den 1. Juli d. J. gefündigt, mit welchem Termin deren Verzinsung aufhört. Heidelberg, den 20. März 1889.
 Der Synagogenvorstand.
 Sigm. Keiter.

Besenfeld.

Jagd-Verpachtung.
 Am Montag dem 25. März a. e., Nachmittags 2 Uhr, wird die Besenfelder Gemeindejagd (ca. 6000 Morg. Waldjagd) auf 6 Jahre verpachtet; dieselbe hat ausgezeichneten Wildstand, Edelwild, Rehe, Auerschwärz, Faselhühner. — Besenfeld liegt am Kurghalbach, eine halbe Stunde von Schömmlingach.
 T. 823.

Circus Wulff,

Ausstellungshalle, Karlsruhe.
 Jeden Abend präcis 8 Uhr
Brillante Vorstellung
 mit stets neuem Programm.
 Mittwoch, Sonn- u. Feiertage
 4 Uhr und 8 Uhr.
 Alles Nähere besagen die Anschlagzettel. T. 689.9.

Wer

rationell, billig, wirksam
 inseriren will, wende sich an die weltbekannte, älteste und leistungsfähigste
 Annoncen-Expedition
Haasenstein & Vogler
 Karlsruhe. T. 312.2.

Baden-Baden.

Bauplatz,
 für ein Lustkurhotel oder Familienpension vorzüglich geeignet, in sehr gesunder Lage, nächster Nähe des Kurhauses und dem Walde, prachtvolle Aussicht, ist sofort äußerst preiswürdig zu verkaufen. Näheres in der Exped. dieses Blattes. T. 811.1.

Bürgerliche Rechtspflege.

11.227.3. Nr. 2315. Waldkirch. Der St. Nikolaus-Hospitalfond dahier, vertreten durch den Rechnungsführer Friedr. Weiß,

Schlosser hier, hat das Aufgebot eines Sparbüchleins der Sparkasse Waldkirch, Nr. 6448, über ein Einlageguthaben von 697 M. 66 Pf. beantragt.
 Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, in dem auf:
 Dienstag den 14. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr,
 vor Gr. Amtsgericht Waldkirch anbehaltenen Aufgebotsstermin seine Rechte zu melden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.
 Waldkirch, den 6. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht.
 Der Gerichtsschreiber:
 Willi.

Konturverfahren.
 T. 830. Nr. 11.675. Heidelberg. In dem Konturverfahren über das Vermögen des Bierbrauers Georg Hesselbacher und dessen Ehefrau, Luise, geb. Weinmann von Heidelberg, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf:
 Dienstag den 9. April 1889, Vormittags 10 Uhr,
 vor dem Gr. Amtsgerichte hier selbst — Zimmer Nr. 2 — anberaumt.
 Heidelberg, den 20. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht.
 Der Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts:
 Fabian.

Versteigerung.
 T. 758. Nr. 2981. Karlsruhe. Durch Urtheil des Gr. bad. Landgerichts Karlsruhe, Civilkammer II, vom heutigen, wurde die Ehefrau des Maurers Jakob Götting, Maria, geb. Schwemmler in Langenalb, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzulösen.
 Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.
 Karlsruhe, den 4. März 1889.
 Der Gerichtsschreiber
 Gr. bad. Landgerichts Karlsruhe:
 Dr. Kaufmann.

Versteigerung.
 T. 821. Nr. 5782. Offenburg. In dem Konturverfahren gegen Kaufmann Philipp Müller hier wurde dessen Ehefrau, Josefine, geb. Pfister, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzulösen.
 Offenburg, den 13. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht.
 gez. Dr. G. Müller.
 Dies veröffentlicht:
 Der Gerichtsschreiber:
 E. Keller.

Versteigerung.
 T. 816.1. Nr. 2299. Borberg. Jakob Perold, Landwirth von Cubigheim, hat um Einweisung in Besitz und Gewährung der Verlassenschaft seiner verstorbenen Ehefrau, Maria, geborne Keiser, gebeten.
 Diefem Antrag wird das diesseitige Amtsgericht entsprechen, wenn nicht binnen 4 Wochen
 Einsprache dagegen erhoben wird.
 Borberg, den 6. März 1889.
 Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
 Speidner.

Versteigerung.
 11.230. Nr. 2522. Eberbach. Nachdem auf die diesseitige Aufforderung vom 22. Januar d. J., Nr. 828, Einsprachen nicht erhoben worden sind, wird nunmehr die Gr. bad. Generalstaatskasse in die Gewährung des Nachlasses der ledigen Anna Maria Ehefrau von Rodenau eingewiesen.
 Eberbach, den 10. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht.
 Buchelt.

Versteigerung.
 T. 798.1. Nr. 3684. Fahr. Magdalena, geb. Schäfer, Witb. des Landwirths Georg Erb, Diebold Sohn, von Jochenheim, hat dahier um Einweisung in Besitz und Gewährung des Nachlasses dieses ihres + Ehemannes gebeten.
 Etwaige Einsprachen gegen dieses Gesuch sind binnen vier Wochen geltend zu machen, ansonst dem Gesuche stattgegeben wird.
 Fahr, den 13. März 1889.
 Der Gerichtsschreiber
 des Gr. bad. Amtsgerichts:
 Egger.

Versteigerung.
 T. 760. Ridenbach. Die in Amerika an unbekanntem Orten abwesende ledige Franziska Bille von Alteschwand ist am Nachlaß ihres Oheims, des ledigen Dienstknechts Martin Bille von da, miterberechtig. Die Vermögthe wird zu den Theilungsverhandlungen mit Frist von
 drei Monaten,
 mit dem Bemerkten geladen, daß, wenn sie weder persönlich erscheint, noch sich durch einen gehörig Bevollmächtigten vertreten läßt, die Erbschaft denen zugestehet wird, denen sie zufälle, wenn die Geladene den Erbanfall nicht erlebt hätte.
 Ridenbach, den 15. März 1889.
 Gr. bad. Notar
 Steiger.

Versteigerung.
 T. 671. Eppingen. Die vermögthe Jakob Friedrich Klingensuf und Gottfried Karl Klingensuf von Salsfeld sind an dem Nachlaß ihrer am 12. Februar l. J. verstorbenen Mutter, Johanna Klingensuf, S. S. Ehefrau, Wilhelmina geb. Reuch, erbtheilig und werden aufgefordert, binnen 3 Monaten ihre Erbsprüche hier anzumelden, widrigenfalls der Nachlaß vertheilt werden wird, wie wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr gelebt hätten.
 Eppingen den 9. März 1889.
 Gr. bad. Notar
 Schäfer.

Versteigerung.
 T. 681. Raffatt. Die beiden nach Amerika ausgewanderten und fester vermögthe Franz Karl und Albert Jung von Steinmauern sind zur Erbschaft in den Nachlaß ihres am 3. Februar 1889 verstorbenen Bruders, Martin Jung, vermitteten Landwirths von Steinmauern, mitberufen und werden aufgefordert, ihre Erbsprüche innerhalb drei Monaten dahier geltend zu machen, widrigenfalls die Erbschaft lediglich Denjenigen zugestehet würde, welchen sie zufälle, wenn die Vorgeladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr gelebt hätten.
 Raffatt, den 11. März 1889.
 Gr. bad. Notar
 Glattes.

Versteigerung.
 11.211. Mannheim. Zum Handelsregister wurde eingetragen:
 1. Zu D.-3. 596. Firm.-Reg. Bb. III. Firma: Carl Georg Erter in Mannheim. Inhaber ist Carl Georg Erter, Kaufmann in Mannheim.
 2. Zu D.-3. 378. Firm.-Reg. Bb. III. Firma: J. Hartlieb in Mannheim. Die Ehefrau des Firmeninhabers Ferdinand Hartlieb, Anna Margaretha, geb. Pauer, wurde durch diesseitiges Urtheil v. 18. November 1888 für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Mannes abzulösen.
 3. Zu D.-3. 467. Firm.-Reg. Bb. III. Firma: August Hainz in Mannheim. Max Engelbrecht, Apotheker in Mannheim, ist als Prokurist bestellt.
 4. Zu D.-3. 586. Firm.-Reg. Bb. III. Firma: Renzler & Heim in Mannheim. Der Inhaber Johann Marx Renzler ist verheirathet mit Elisabetha geb. Schroeder von Mannheim. Nach Art. 1 des am 7. Februar 1889 errichteten Ehevertrags ist die Gütergemeinschaft auf den von jedem Ehegatten einzuwerfenden Betrag von 100 M. beschränkt.
 Mannheim, 6. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht 3
 Düringer.

Versteigerung.
 11.206. Nr. 5133. Offenburg. Zu D. 3. 6 des Gesellschaftsregisters wurde heute eingetragen:
 Die offene Handelsgesellschaft G. Schweiß und J. Busch mit dem Sitz in Biberach ist erloschen.
 Aktiva und Passiva sind auf den bisherigen Gesellschafter Gustav Schweiß in Biberach übergegangen.
 Offenburg, den 1. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht.
 Germer.

T. 788. Nr. 10. Karlsruhe.
Den Bau der Eisenbahn von Schoppsheim nach Säckingen
 hier die Abtretung von Liegenschaften auf der Gemarkung **Schoppsheim.**

Nach Vorschrift des Artikels 9 des Gesetzes vom 29. März 1838 wird hiermit bekannt gemacht, daß folgende zur Anlage der Eisenbahn von Schoppsheim nach Säckingen auf Gemarkung Schoppsheim erforderlichen Liegenschaften im gütlichen Wege nicht erworben werden konnten.

Plan Nr.	Eigentümer und deren Wohnort	Gewann	Kulturart	Flächenmaß des Gewanns in Quadratmetern	erforderliche Fläche in Quadratmetern
708	Maria Elisabeth Eufin, ledig in Fabrnau	Im Wäffel	Acker	643	322
701	Evangel. Pfarrei Schoppsheim Hermann Kleiner, Bierbrauer Schoppsheim	"	Hausgarten	355	355
1732a	dto.	i. Himmelreich	Hofraithe	2414	—
1733	dto.	"	Wiese	233	160
1734	dto.	"	Wasserfläche u. Böschung	2837	561
1735	Hermann Kleiner u. Wilhelm Kleiner	"	Wiese	1839	204
1750	Müller Schringer Erben da	Im langen Theun	Acker	5310	102
1751	Fritz Grether, Müller da	"	Acker	2186	1641
1753a	Josef Grether, Steinbauers	"	Wiese	298	298
1758	Fritz Grether, Müller da	Oberfeld	Acker	246	89
1761	Johann Schmitt, Wagner da	im äußern Oberfeld	"	3369	153
1828-1829	Ernst Friedr. Adolf, Köpfe wirth da	Im Schlatt-holz	Wiese	1973	92
1818b	Joh. G. Ott, Schloßwirth da	"	"	8189	402
1817b	Wilhelm Schringer z. Schwane und Kieber da	"	"	1924	425
1814-1816	Johann Temmer, Gerber da	"	"	1692	362
735	Josef Friedr. Gräßlin, Stadtmüller da	auf der niederen obern Bannmatt	"	3216	636
741b	Barthl. Sutter, Holzhändler Erben da	"	"	2275	236

Karlsruhe, den 16. März 1889.
 Der Vorstand
 der Expropriationskommission für den Eisenbahnbau:
 Fr. Wielandt

Handelsregisterinträge.

T. 776. Nr. 2407. Redarbischofsheim. Zu Ord. Zahl 104 des Firmenregisters wurde heute das Erbschaft der Firma „D. Konrad“ in Waldstadt eingetragen.
 Redarbischofsheim, 16. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht.
 Volkert.

11.198. Nr. 3004-3019. Durlach. Unterm heutigen wurde in das diesseitige Genossenschaftsregister eingetragen:
 1. Zu D. 3. 4 — Spar- und Darlehensgenossenschaft Wilsbergingen —: In der Generalversammlung vom 5. Febr. d. J. wurde an Stelle des nachschreibers Georg Adam Kröner von Wilsbergingen dessen Sohn Landwirth Georg Adam Kröner von da als Rechner gewählt.
 2. Zu D. 3. 9 — ländlicher Kreditverein Spielberg —: Bei der am 6. d. M. durch den Verwaltungsrath des Vereins vorgenommenen Ersatzwahl wurde an Stelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds Christoph Müller von Spielberg Landwirth Friedrich Mögner von da gewählt.
 Durlach, den 8. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht.
 Diez.

Versteigerung.

T. 828.1. Nr. 835. Basel. Die Bauarbeiten zum Neubau eines Weichenschwellerwohnhauses auf Station Grenach sollen im Submissionswege in Afford vergeben werden. Diefelben sind veranschlagt:
 1. Grab- u. Mauerarbeiten 2995 71
 2. Steinbauarbeiten 377 49
 3. Verputzarbeiten 426 52
 4. Zimmerarbeiten 1176 24
 5. Schreinerarbeiten 390 —
 6. Schlosserarbeiten 267 80
 7. Glaserarbeiten 191 21
 8. Blechschreinerarbeiten 177 66
 9. Anstreicherarbeiten 229 29
 im Ganzen 6231 92
 Angebote, verschlossen und mit geeigneter Aufschrift versehen, sind längstens bis zum 4. April d. J., Vormittags 8 Uhr, auf diesseitige Geschäftsstempel eingezureichen, wofelbst Baupläne, Kostenboranschlag u. Affordbedingungen in den gewöhnlichen Veranschlagungen eingesehen werden können.
 Basel, den 20. März 1889.
 Der Gr. bad. Bahnbauinspektor.

Versteigerung.

T. 755.1. Karlsruhe. Bei der unterzeichneten Stelle wird eine Partie älterer Accismaterialien, Kontrolpapiere, Alten und Zupressen im Gewicht von ungefähr 50 Zentner unter der Bedingung des Anstammens dem Verkauf ausgelegt. Angebote hierauf, welche auf den Preis für den Zentner unter Uebernahme des ganzen Quantums ohne Verpachtung am Plage gefaßt zu lauten haben, sind in verschlossenen Schreiben mit der Bezeichnung „Papierverkauf“ bis zum 10. April l. J. anher einzureichen.
 Karlsruhe, den 16. März 1889.
 Steuerrechnungsrevision.

Versteigerung.

T. 817. Philippsburg. Bei diesseitiger Stelle ist eine Dekommissionelle sofort zu bestellende Jahresgehalt 450 M. und etwa 60 M. Nebenverdienst. Philippsburg, den 20. März 1889.
 Gr. bad. Amtsgericht.
 Schredelster.
 (Mit einer Beilage.)

Versteigerung.

T. 822.1. 3. Nr. 590. Freiburg. Für die Verdingung der beim Neubau einer Kaserne für 2 Kompagnien in Freiburg i. B. erforderlichen

Arbeiten	Veranschlagt zu rund
Erdarbeiten	904 M.
Mauerarbeiten einschließl. Materialien	89474 "
Asphaltarbeiten	1703 "
Steinmearbeiten	23571 "
Zimmerarbeiten	18639 "
Tischplattenbelag	693 "
Schmiede- und Schlosserarbeiten	10510 "

ist Termin auf:
Freitag den 5. April d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
 im Amtszimmer des unterzeichneten (Peterstraße 1) angesetzt. Verdingungsunterlagen liegen dafelbst zur Einsicht auf. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
 Freiburg, den 18. März 1889.
 Der Garnison-Bauinspektor:
 Jungeblodt.